



## Ist der Umbau der Energieversorgung bezahlbar?

### Eindeutig JA!

Doch die amtierende Bundesregierung und die sie beeinflussenden Energiekonzerne haben daran kein Interesse. Sie behindern vielmehr den Umbau der Energieversorgung hin zur autonomen Erzeugung mit erneuerbaren Energien.

Ein Behinderungsargument ist die Mär, dass die erneuerbaren Energien die Strompreise unnötig in die Höhe treiben würden. Ein weiteres Argument ist der Vorwand unzureichend vorhandener Transportnetze, um die erneuerbaren Energien von ihren



Erzeugungsorten zu den Verbrauchern zu bringen. Nicht zuletzt fehlt der Verweis, dass unsere Wirtschaft durch den Umbau der Energieversorgung

im globalen Wettbewerb benachteiligt sei.

Sind tatsächlich die erneuerbaren Energien an immer weiter steigenden Strompreisen schuld? Nein, die Preiserhöhungen sind überwiegend durch andere Faktoren bestimmt. Neben dem Interesse an kontinuierlichen Steigerungen der Gewinnhöhen sind es die Geschenke an die energieintensiven Unternehmen.

Fortsetzung Seite 4

### Im Überblick

#### Seite 2

- Licht am Ende des Tunnels?
- Gesundheitsberichte Teil V

#### Seite 3

- Kultur - unverzichtbar, aber unbezahlbar?
- 50 Jahre Lebenshilfe Aachen

#### Seite 4

- Energie heute
- Ist der Umbau der Energieversorgung bezahlbar? Teil III

#### Seite 5

- Kurz notiert
- Aachen könnte in der Straßenbahntechnik exzellent werden
- Herzogenrath beschreitet sozialen Weg im Umgang mit Flüchtlingen

#### Seite 6/7 Beilage

Kreisverband DIE LINKE Städteregion Aachen

#### Seite 8 Rückspiegel

## Aachen könnte in der Straßenbahntechnik exzellent werden

Sehr leise sanft fahrende Niederflurbahnen sind bereits entwickelt.

Von Bordeaux in Frankreich könnten wir uns den Mittelstromabnehmer anschauen.

[http://de.wikipedia.org/wiki/Straßenbahn\\_Bordeaux](http://de.wikipedia.org/wiki/Straßenbahn_Bordeaux)

Zusätzliche Akkus können die Straßenbahnen in einigen Abschnitten vom Stromabnehmer unabhängig machen, das Licht aufrecht erhalten und vor allem den Stromschleifer bei Beschleunigungs- und Bremsvorgängen



entlasten sowie die Bremsenergie recyceln.

Fortsetzung Seite 5

## DIE LINKE in Herzogenrath beschreitet sozialen Weg im Umgang mit Flüchtlingen

CDU-Herzogenrath versteckt sich hinter Gesetzen, die eine Durchführung der Menschenrechte erschweren! „Menschenrechte sind eine demokratische Verpflichtung!“, sollte man meinen.

Die CDU-Herzogenrath scheint das allerdings etwas anders zu sehen. In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 08.12.2011 ging es zwischen CDU und Linke sehr scharfzünftig zu. Zusammen mit der FDP stimmte

die CDU gegen den Antrag der SJD-Falken aus Merkstein, neben der Zwangsverteilung, weitere Flüchtlinge in Herzogenrath aufzunehmen. Dieser Antrag beruht auf der „Save-Me“-Kampagne, wobei jährlich eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen unmittelbar aus Kriegs- und Krisengebieten sowie aus unsicheren oder überforderten Transitländern und Drittstaaten aufgenommen und einen dauerhaften Flüchtlingsstatus erhalten sollen.

Fortsetzung Seite 5

## Semesterticket für alle – keine Utopie!

Jeder Fahrgast des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) kennt die jährlichen Rituale der Fahrpreiserhöhungen. Dabei stellt er/sie fest, dass die Stei-

gerungen der Fahrpreise regelmäßig höher sind als seine Lohnsteigerung bzw. die allgemeine Inflationsrate. Ergo muss er/sie einen immer höheren An-

teil des Einkommens für Verkehrsleistungen aufbringen, wie nachfolgende Tabelle zeigt:

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Inflationsrate in % (Verbraucherpreis)	1,6	2,3	2,6	0,4	1,1	2,3
Bruttolohnsteigerung pro Beschäftigten (real) in %	-0,8	-0,9	-0,3	-0,8	1,0	1,1
Durchschnittliche Fahrpreiserhöhungen im Bereich des AVV	3,6	3,7	4,6	3,9	3,5	3,3

Fortsetzung Seite 6



# Licht am Ende des Tunnels?

## Jedes fünfte Kind in der Städteregion Aachen gilt als armutsbetroffen



**Laut Statistischem Jahrbuch der Städteregion Aachen leben am Stichtag 31.12.2009 insgesamt 74.980 Kinder unter 15 Jahren in der Region. Diese Zahl hat seitdem tendenziell abgenommen. Stellt man die Zahl der unter 15-Jährigen (knapp über 70.000) den 14.506 „Leistungsbeziehern“ (Hartz IV) vom Januar 2012 gegenüber, die unter 15 Jahre alt und als „nicht erwerbstätig“ aufgeführt sind, dann ist zu schlussfolgern, dass jedes fünfte Kind unter 15 Jahren armutsbetroffen und von Transferleistungen abhängig ist.**

Eine oberflächlich betrachtete Abnahme der Kinder aus einkommensschwachen sogenannten „Bedarfsgemeinschaften“ zum

Vorjahr 2011 liegt einerseits am Geburtenrückgang und andererseits an der Tatsache, dass auch unter 15-Jährige älter werden und damit aus dieser Statistik der Bundesagentur für Arbeit herausfallen.

Da der Niedriglohnbereich stark zugenommen hat, können immer weniger Menschen ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit finanzieren. Wird die Hartz IV-Grenze (alleinerziehende Mutter mit einem 15-jährigem Kind erhält 661 € plus Kosten der Unterkunft) auch nur geringfügig überschritten, gilt die gesamte Familie nicht mehr als bedürftig, unabhängig davon, wie schlecht ihre finanzielle Situation tatsächlich ist. Die Armutsstatistik mit den erfassten „Hartz IV -Beziehern“ sagt daher wenig darüber aus, wie viele Menschen tatsächlich am Existenzminimum leben müssen.

DIE LINKE sieht sich aufgrund dieser Entwicklung in ihrer Forderung nach einer armutsfesten Mindestsicherung mit höheren Regelsätzen für Erwachsene und Kinder bestätigt.

**Wer Vollzeit beschäftigt ist, muss ohne Aufstockung auskommen können.**

Die Realität in der Städteregion sieht leider anders aus. Um 23 Prozent haben die schlecht bezahlten und befristeten Beschäftigungen (z.B. Leiharbeit) zugenommen. (Quelle: Aachener Nachrichten vom 26.01.12). Diese prekären Beschäftigungsverhältnisse verfestigen die Abhängigkeit von Sozialleistungen und tragen trotz sinkender Geburtenrate nichts zum Rückgang der Kinderarmut bei.

Fazit der sozialpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im

Landtag, Dr. Carolin Butterwege: „Der Weg in die Hartz IV- und Niedriglohngesellschaft kommt unseren Kindern teuer zu stehen. Wir brauchen endlich einen Politikwechsel. Die Löhne und Gehälter sind längst so weit abgesenkt, dass eine Familie davon kaum noch leben kann.“ Butterwege fordert daher einen abgestimmten Aktionsplan gegen Armut, der auch die regionalen Bedingungen berücksichtigt. Richtungsweisende Entscheidungen als Chefsache der Politik sind hier längst überfällig, fordert die Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag! Bis dahin wäre als Sofortmaßnahme sicherzustellen, dass „Dumpinglohnverhältnisse“ nicht noch durch Jobcenter unterstützt werden, da sie Armut verfestigen.

**Anja Linz,**

Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

### Teil 5 Dicke Lügen:

## „Staatliche Gesundheitsforschung ist ineffektiv und teuer“



**Gesundheit ist ein öffentliches Gut. Ähnlich wie Trinkwasser, Bildung, Verkehrs- und Rechtssicherheit hat der Staat als demokratisches**

**Gemeinwesen die wichtige Aufgabe, den Schutz und die Sicherheit seiner Bevölkerung zu gewährleisten. In diesen Bereichen müssen Richtung weisen- den Entscheidungen politisch getroffen werden.**

Ist das hier so?

Im internationalen Vergleich kann Deutschland keine höheren Überlebensraten vorweisen als andere Nationen und liegt hinter Ländern wie Schweiz, Spanien, Australien, Schweden, Kanada, Italien, Norwegen, Frankreich, Griechenland oder Österreich zurück (OECD Health Data, Statistics and Indicators for 30 Countries). Dabei ist das deutsche Gesundheitssystem eins der drei teuersten der Welt.

Was unterscheidet unser Gesundheitssystem von dem in anderen Ländern? Die Länder mit den effektiveren und kostengünstigeren Gesundheitssystemen sind öffentlich kontrolliert!

Hierzulande wird private Gesundheitsforschung (Pharmaindustrie) als notwendig zur Haushaltsentlastung dargestellt. Des Weiteren werden Institute, Lehrstühle und Studien von der Pharmaindustrie mit sogenannten „Drittmitteln“ gesponsert. Forschungsbereiche und -ergebnisse werden damit für die Hersteller positiv beeinflusst. Geforscht wird bei (echten oder auch erfundenen) Krankheiten, die den höchsten Profit versprechen anstatt am Bedarf der Bevölkerung orientiert.

Die meisten ForscherInnen sind motiviert gute Medizinprodukte zu entwickeln, die anderen Menschen helfen. Aber die wirtschaftliche Verpflichtung eines Pharmaunternehmens möglichst hohe Gewinne zu machen, steht im Widerspruch zum öffentlichen Gesundheitsinteresse. (AN, 23.Januar 2012, Kein Geld mehr für kopierte Medikamente). Studien mit klinischen Daten aus der Pharmaforschung sind oft unvollständig, geschönt oder sogar gefälscht. Wie kann es dann sein, dass Medikamente deren Studiendaten unzureichend veröffentlicht sind, zugelassen werden? Der größte Teil des Budgets der deutschen Zulassungsbehörde von Arzneimitteln wird von der antragstellenden Pharmaindustrie bestritten. Als Dienstleister



**Jährlich werden in Deutschland etwa 800 Millionen Arzneimittel verordnet mit einem Umsatz von etwa 32 Milliarden EURO.**

für ihre Auftraggeber aus der Industrie verliert diese Behörde den Charakter einer Kontrollinstanz zum Schutz der Patienten.

In den angelsächsischen und skandinavischen Ländern setzt man dagegen auf wissenschaftlich beweisgestützte Medizin, die durch hochwertige unabhängige öffentliche Studien in ihrer Wirksamkeit geprüft sind. Industrie-Forschung ist ineffektiv und teuer. Pharmaunternehmen geben wesentlich weniger als die Hälfte für Forschung aus wie sie in Werbung stecken. Diese Marketingkosten müssen durch hohe Arzneimittelpreise rückfinanziert werden. Dieser riesige Markt darf nicht immer weiter der öffentlichen Kontrolle und Steuerung entzogen werden.

Nur ein unabhängiges, transparentes und öffentlich organisiertes Forschungswesen kann gewährleisten, dass Ziele und Prioritäten von Forschung in einem demokratischen Abwägungsprozess gemeinwohlorientiert statt vom Profit bestimmt werden.

**Bis das erreicht ist empfiehlt WIR...**

*Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker wo die Zulassungsstudien zu Ihren Medikamenten veröffentlicht sind.*

Weitere Auskünfte finden Sie beim IQWiG (Institut für Qualitätssicherung und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen)

[www.iqwig.de](http://www.iqwig.de),

Gute Pillen – Schlechte Pillen

[www.gutepillen-schlechtepillen.de](http://www.gutepillen-schlechtepillen.de),

Arznei-Telegramm

[www.arznei-telegramm.de](http://www.arznei-telegramm.de).

**Helga Ebel,**

Sachkundige Bürgerin

im Städteregionstag Aachen

Fortsetzung in der nächste Ausgabe von WIR: Die nächste dicke Lüge  
„Unser Gesundheitswesen ist öffentlich.“

# "Kultur - unverzichtbar, aber unbezahlbar?"



**Kultur ist das Aushängeschild jeder Kommune. Niemand von außerhalb erinnert sich an irgendeine Firma im Ort, aber eine Ausstellung, ein Theater, ein Stadion bleiben im Gedächtnis haften. Wie sieht dies aus, wenn die Finanzmittel das alles nicht mehr zulassen. War die bisherige Kulturpolitik wirklich vorbildhaft? Ist das Recht der Teilhabe am kulturellen Leben für alle gesichert?**

Dazu gehört auch eine umfangreiche Bildung, Zugang zu den kulturellen Ressourcen und auch die Möglichkeit sich aktiv beteiligen zu können. Kulturelle Angebote müssen niedrigschwellig sein, damit sich jede/r an sie heran traut, egal ob passiv oder aktiv.

In Aachen trafen sich auf Einladung des Atelierhauses und des Rosa-Luxemburg-Clubs Aachen, unterstützt durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) NRW und

dem Kommunal Politischen Forum NRW, kulturpolitisch Interessierte und Kulturschaffende und diskutierten diese Fragen.

Lutz Bernhard, Chefredakteur beim Klenkes führte die Moderation und befragte Ralf Michalowsky, MdL NRW und Dr. Joachim Hetscher, Kulturforum RLS NRW zu möglichen Auswirkungen des im Entstehen begriffenen Kulturfördergesetzes NRW. Antje Warnstorff und Odine Lang, Künstlerin aus dem Atelierhaus sowie Dr. Dirk Tölke, Kunsthistoriker, versuchten ihrerseits Antworten zu geben aber auch ihre Erwartungen an ein solches Gesetz.

Pro Einwohner gibt das Land NRW 11 Euro im Jahr für Kultur



v.l.n.r. Dr. Joachim Hetscher, Lutz Bernhard, Ralf Michalowsky, Odine Lang, Dr. Dirk Tölke, Antje Warnstorff, Natja Bascha

aus. Die Hauptausgaben in der Kultur finden in den Gemeinden vor Ort statt. Mit der Finanzmiser jedoch geraten immer mehr Kommunen in die Haushaltssicherung oder sogar in den sogenannten Nothaushalt. Kultur gehört zu den freiwilligen Ausgaben und ist somit als Erste von Streichungen betroffen. Ein Kulturfördergesetz würde Kultur zur Pflichtaufgabe machen.

Aus der unterschiedlichen Erfahrung mit Kulturförderung wurde die Spartenförderung kritisiert, die bedeutet, einzelne Bereiche zu fördern. Eine Förderung lässt sich auch nicht nach den Regeln eines Marktes steuern. Anstelle aufwändiger Projektförderung würde es vielen Künstlern helfen

z.B. preisgünstige Ateliers zu erhalten. Es ist ohnehin nur bedingt möglich, Professionalität und Qualität im künstlerischen Bereich zu messen und zu bewerten. Im Grunde benötigen wir einen Überfluss von Kultur, die einen Zugang für alle ermöglicht und somit Kultur aus der elitären Sackgasse führt. Aus der Diskussionsrunde heraus wurden Beispiele wie das Projekt „Künstler an Schulen“ vorgestellt und unabhängige Theater- und Musikgruppen, die bei Stadtteilfesten auftreten.

Nach zweieinhalbstündiger Diskussion und reger Beteiligung der Besucher bleiben mehr Fragen als Antworten zurück. Ist dies aber nicht das was Kultur ausmacht, Fragen zu stellen? Macht dies nicht den Mehrwert von Kunst aus?

Kunst wird nicht besser mit dem technischen Fortschritt sondern nur anders. Sie gehört zum Umfeld des Menschen und seiner Wirklichkeit und spiegelt sie wieder.

**Albert Borchardt,**  
für den Rosa-Luxemburg-Club Aachen

## 50 Jahre Lebenshilfe Aachen - Vom Ausschließen zum Einbringen



**Die Jubiläumsveranstaltung zum 50 jährigem Bestehen der Lebenshilfe Aachen fand am 11.02.2012 im Empfangsbe-**

**reich des Tivoli statt. Uns ist bewusst, dass die Politik neben den anderen Aufgaben nie die ‚Gehandicapten‘ vergessen darf. Aber was „Mann“ oder halt auch „Frau“ nicht ständig vor Augen hat, wird leicht vergessen.**

Bei der Begrüßung stellte ich wie selbstverständlich fest, dass Plätze für die Gäste von der politischen Ebene vorhanden, aber nicht als absolut wichtig angesehen waren. Erst als einer unserer „Umsorgten“ mich umarmte, wurde sichtbar, dass bei der Politik nicht nur „gut bezahlte“ Volksvertreter anwesend sind, sondern auch Menschen, die ein wenig Kenntnis von der Arbeit der Lebenshilfe haben. Bei der Beschreibung des Werdegangs der Lebenshilfe beschlich einen ein beklemmendes Gefühl. Es wurde mitgeteilt, dass es ja damals die Schulpflicht nicht gab, und da „Behinderte“ die „normale“ Schule

nicht besuchen konnten, wurden sie regelrecht „versteckt“. Ich kann mich an eine Schulkameradin, die eine behinderte Schwester hatte, erinnern. Sie nahm am Leben nicht wirklich teil, und ich muss zu meiner Schande gestehen, dass ich das noch nicht einmal registriert habe. Wir sind alle viel zu wenig mit der ganzen Materie vertraut, um wirklich Einblick zu haben, wie richtig geholfen werden kann. Heutzutage jedoch ist Inklusion ein wichtiges Thema und dabei gibt es ein weites Feld zu beachtender Dinge, die kaum ein Politiker ausreichend kennt. Daher muss unbedingt die Hilfe von „Sozialträgern“ erfolgen.

Die Eltern „normaler“ Kinder haben z.B. Ängste, dass die Bedürfnisse ihrer Kinder nicht mehr ausreichend Berücksichtigung finden, und nicht alle „Behinderten“ sind in der Lage mit „normalen“ Kindern zusammen zu lernen. Eventuell wird ihnen ihre eigene ‚Unzulänglichkeit‘ dann bewusster. Dabei ist das Leben mit diesen „gehandicapten“ Menschen oft einfach. Beim Umgang mit Ihnen erlebt man, was im Leben wirklich wichtig ist und worauf es ankommt! Selbstverständlich nehmen sie einen unvermittelt in den

Arm, wenn ihnen danach ist. Sie empfinden so wie sie agieren: lebensnah und unverfälscht. Wir sollten uns alle ein Beispiel an ihnen nehmen.

Ein Leitspruch lautet:

**„Es ist normal verschieden zu sein“.**

Das sollten wir in unser Leben einziehen lassen und nicht den Wunsch nach Perfektion in jeder Beziehung. Problemlos Fehler einsehen können, wäre schön. Äußerlichkeiten dürfen keinen so wesentlichen Einfluss haben. Das Streben nach Hab und Gut darf nicht maßgeblich für unsere Zufriedenheit sein. Wir können viel von Ihnen lernen: einfach glücklich und zufrieden sein, sich immer wieder wirklich freuen können, ein bisschen „jeck sein“, wie wir Rheinländer sagen. Genauso wie wir mittlerweile von unseren Menschen mit Migrationshintergrund vieles gelernt haben, können wir nun von unseren ‚gehandicapten‘ Mitmenschen lernen. Sie gab es schon immer, aber wenn nicht die Eltern aus ihrer Not und „Hilflosigkeit“ heraus sich stark gemacht hätten, um Veränderungen für ihre

Kinder zu erkämpfen, gäbe es die Lebenshilfe nicht, und noch immer würden diese Kinder in „Hilfsschulen“ untergebracht und wären somit außerhalb unseres Sichtfeldes. Selbstverständlich ist nicht jeder in der Lage, dort persönlich mitzuhelfen (z.B. durch Vorlesen, Organisation von Flohmärkten, Begleitung in allen möglichen Lebenslagen). Das ist auch nicht unbedingt notwendig, dafür gibt es Menschen mit entsprechenden fachlichen Kenntnissen. Schon eine Spende hilft, oder die Vergabe von Tätigkeiten, die „gehandicapte“ Menschen in der Lage sind zu erbringen. Hoffentlich verwirklichen diejenigen, die Glückwünsche aussprechen und Unterstützung anbieten, dies auch tatsächlich.

Im Grunde ist jeder von uns in der Lage, dabei behilflich zu sein, den „gehandicapten“ Menschen ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen.

Wie gesagt - man darf ihnen viel mehr zutrauen!

**Linda Boltz,**  
Sachkundige Bürgerin  
im Städteregionstag Aachen

Fortsetzung: Ist der Umbau der Energieversorgung bezahlbar?



nachteiligt sei.

Sind tatsächlich die erneuerbaren Energien an immer weiter steigenden Strompreisen schuld? Nein, die Preiserhöhungen sind überwiegend durch andere Faktoren bestimmt. Neben dem Interesse an kontinuierlichen Steigerungen der Gewinnhöhen sind es die Geschenke an die energieintensiven Unternehmen. Hier hat man auf die Erhebung der Netzentgelte verzichtet, um damit die Wettbewerbsfähigkeit durch den noch anstehenden Umbau der Energieversorgung nicht zu gefährden – so die Argumentation. Man kann darin aber auch eine Subvention der Großindustrie zulasten der privaten Haushalte sehen.

Zur Verdeutlichung hier ein Vergleich: Bei ca. 70 € Stromkosten beträgt der Anteil für die Netzentgelte etwa 5,80 €. Multipliziert man diese ca. 8% mit den Stromkosten der bevorzugten Unternehmen, dann ist nachvollziehbar, welche Kosten hier auf den Kleinverbraucher abgewälzt werden.

Nicht zuletzt fehlt der Beweis, dass unsere Wirtschaft durch den Umbau der Energieversorgung im globalen Wettbewerb

benachteiligt sei. Das Argument der fehlenden Netzkapazitäten greift nur dort, wo die neue Stromerzeugung konzentriert auf großen Flächen erfolgen soll, z.B. im Meer vor unseren Küsten oder in den Wüsten Nordafrikas. Bei den vielen kleinen Erzeugern von Sonnenstrom braucht es diese großen Trassen nicht. Allerdings muss auch hier beim weiteren Anwachsen der Erzeugungsorte das lokale Netz erüchtigt werden. Lokal, geht das weitaus schneller, kostengünstiger und unkomplizierter. Bundesregierung und Großkonzerne wollen das nicht, deshalb wird die Höhe der Vergütung von Sonnenenergie in unverantwortlicher Weise immer weiter gesenkt. Die Tendenz geht dahin, die Erzeugung von Sonnenstrom in Bürgerhand zu beenden.

Die Klimaschutzziele werden also nur in Sonntagsreden formuliert. Die Umsetzungsstrategien legt man zugunsten der Energiekonzerne aus, damit diese mit ihren Alttechnologien die Möglichkeiten der Marktbeherrschung behalten. Unsere Wirtschaft behält ihre Wettbewerbsfähigkeit, wenn sie sich innovativ verhält und in energiesparende Technik investiert. Dass ihr die Umstellung durch eine Übergangsregelung erleichtert werden soll, ist nicht zu kritisieren, wenn dadurch Arbeitsplatzabbau verhindert wird,

Und dann noch einige Wahrheiten: Wahr ist, dass die Energie-



©Rainer Sturm/pixelio.de

konzerne für ihre Atom- und Kohlekraftwerke großzügige staatliche Förderungen erhalten, und aus Steuergeldern die mit diesen Erzeugungsarten verbundenen Umweltsünden und Folgekosten bezahlt werden.

Es ist auch wahr, dass wir unsere Verbrauchsstrukturen modernisieren müssen. Das heißt, den gewohnten Konsum durch intelligenten Einsatz vorhandener Technik mit viel weniger Energie zu bewerkstelligen. Warum also das Geld nicht für diese Technik sinnvoll ausgeben?

Es stimmt auch, dass eine Menge Arbeitsplätze in Handwerk und Industrie durch den Einsatz Erneuerbarer Energien geschaffen wurden. Für die Installation von Solardächern werden Handwerker benötigt ebenso für die regelmäßige Wartung. Bei den modernen Großkraftwerken sind dagegen nur noch wenige Menschen zu finden. Sie schaffen keine zusätzlichen Arbeitsplätze mehr.

Deutschland ist ein Vorreiter für die moderne und ressourcenschonende Energiegewinnung.

Vielerorts werden Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien errichtet. Auf diesem Feld hat die deutsche Wirtschaft einen Innovationsvorsprung, mit dem sie international Geld verdient und im Inland Arbeitsplätze sichert. Unsere Zukunft kann nur durch Zukunftstechnologien und Innovationen gesichert werden.

Nicht zuletzt bleibt den Menschen keine andere Wahl, als die Energieerzeugung altmodischer Art zu beenden, will sie auch in Zukunft die Erde als Lebensraum nutzen wollen. Klimaschutz ist keine Phrase, er ist Überlebensvoraussetzung. Und Erneuerbare Energien sind unterm Strich die kostengünstigsten Energien. Wenn nicht schon heute, dann auf jeden Fall morgen.

**Uwe F. Lühr**, Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Städteregionstag

## Energie heute - Brenn- und Treibstoff aus der Luft

**Unsere derzeitigen Brenn- und Treibstoffe sind allzu häufig fossile Kohlenwasserstoffe, die als Erdgas von Gazprom oder als Rohöl aus Nahost hierher geschafft werden. Viele Menschen bestaunen den Reichtum, den wir den Herrschenden dort beschern, Kämpfe und Kriege ums Erdöl sind abenteuerliche Kulisse.**

Dabei haben wir ein viel größeres Ressourcen- bzw. Rohstoffpotential für diese Energieträger, also für Brenn- und Treibstoffe, in unserem eigenen Land. Kohlenwasserstoffe bestehen aus Kohlenstoff, hier kurz Kohle(C) und Wasserstoff(H<sub>2</sub>). Kohle(C) finden wird genug im Kohlendioxid(CO<sub>2</sub>) der Luft und Wasserstoff(H<sub>2</sub>) genug im Wasser(H<sub>2</sub>O). Wir müssen die beiden nur zusammenbauen. Die grundlegenden chemischen Verfahren dafür sind lange bekannt, und mit dem Namen Sabatier verbunden, der aus Kohlendioxid(CO<sub>2</sub>) und Wasserstoff(H<sub>2</sub>) in einem katalytischen

Prozess direkt (nicht fossiles, synthetisches) Methan(CH<sub>4</sub>) erzeugt hat (auch synthetisches Erdgas genannt) schon etwa um 1900 n.C., wobei man wissen muss, dass (fossiles) Methan(CH<sub>4</sub>) der Hauptbestandteil (ca. 90 %) des natürlichen Erdgases z.B. von Gazprom ist, also unser Hauptbrennstoff für Kochen und Heizen.

Desweiteren wird die Wasserelektrolyse genutzt, um mit dem lange bekannten Verfahren Wasserstoff(H<sub>2</sub>) zu gewinnen. Methan(CH<sub>4</sub>) verbrennt in Kohlendioxid(CO<sub>2</sub>) und Wasser(H<sub>2</sub>O). Das Ganze ist also ein (phantastischer) Kreislauf, der kein weiteres Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) und keine gefährlichen Schadstoffe freisetzt, und immer wieder rundlaufen kann: Sabatier-Prozess CO<sub>2</sub> + 4 H<sub>2</sub> <-> CH<sub>4</sub> + 2H<sub>2</sub>O bei Energiezufuhr.

Dieses synthetische Erdgas muss in unserer nahen Zukunft das „natürliche“ Erdgas ersetzen, um

dadurch die Freisetzung von zusätzlichem Kohlendioxid(CO<sub>2</sub>) in die Atmosphäre zu vermeiden und die von anderen schädlichen Beimischungen. Sonst ist unsere Umwelt hinüber. „Natürliches“ Erdgas bedeutet in diesem Zusammenhang also schlecht für die Umwelt bei Gewinnung und Verbrauch, genau wie der Förderprozess von „natürlichem Schiefergas“ aus dem aufkommenden Frakturing das Grundwasser verseucht. Die bessere Zukunft bedeutet aber einen hohen Energieeinsatz von Strom: nichts sollte uns also hindern, uns diesen Strom aus regenerativen Quellen zu besorgen, wenn wir damit -umweltneutral- (und sogar weiteres Kohlendioxid(CO<sub>2</sub>) vermeidend) beliebige Mengen Brenn- und Heizstoff selbst erzeugen können, damit auch Arbeit und Arbeitsplätze hier bei uns schaffen. Speichermöglichkeiten für Erdgas gibts genug. Ein kleines, aber funktionierende Praxisbeispiel ist von SolarFuel bekannt, wo in zwei Container 25

KW normgerechtes Methan kontinuierlich erzeugt werden. Diese umweltfreundliche, ressourcenneutrale Art unseren Brenn- und Heizstoff zu gewinnen, kann sogar noch erweitert werden, indem wir unser synthetisches Methan zu einem fast idealen Treibstoff veredeln, der Methanol(CH<sub>3</sub>-OH) heisst. Die tägliche Rundschau zeigt, dass alles aber ganz anders läuft. Ein Hinderungsgrund ist sicher, dass Luft und Wasser (noch) nicht monopolisierbar sind, das Finanzkapital seine Gewinne in den alten Strukturen sieht, und ja auch „verdient“. Die wichtigste Voraussetzung zu einer wirklichen Energiewende hat die Partei die „LINKE“ in ihrem neuen Programm angekündigt, nämlich die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum zu überführen.

Wie man genügend Strom regenerativ erzeugen kann und wer bezahlt folgt im nächsten Teil.

**Gastbeitrag Karl Potschien**

## Herzogenrather Bündnis gegen Rechtsextremismus – Bunt statt Braun



Seit Beginn der 1990er arbeiten Jugendverbände, Vereine, Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, Schulen, antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen in der Stadt Herzogenrath zusammen im Kampf gegen Rechtsextremismus. Das Bündnis gegen Rechtsextremismus stellt einen Zusammenschluss von zurzeit mehr als 20 Gruppen dar, das aus der Stadt Herzogenrath von unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Überzeugungen getragen wird. Rechtsextreme Gesinnung ist nicht akzeptabel – nie und unter keinen Umständen! Angriffen von rechts muss mit allen rechtstaatlichen Mitteln Einhalt geboten werden.

Mit dem Appell vom 28.11.2011 hat das Herzogenrather Bündnis gegen Rechtsextremismus aus aktuellem Anlass ein sofortiges Verbot der Kameradschaft Aachener Land (KAL) gefordert. Neben Erläuterungen zu rechtsradikalen Tätigkeiten in der Städteregion Aachen wird darin festgestellt, dass es Beziehungen zwischen der KAL und der rechtsradikalen Zwickauer Terrorzelle geben soll. Das entschiedene Vorgehen gegen rechtsextreme Gruppierungen wurde vom Herzogenrather Bündnis in ihrem Appell so begründet: Die Kameradschaft Aachener Land bekennt sich offen zur nationalsozialistischen Weltanschauung, verherrlicht und propagiert diese. Außerdem geht sie in Wort und Tat gegen die Gegner dieser Weltanschauung und alle, die nicht in ihr Weltbild passen, vor. Sie sät Hass gegen die Migrantinnen und Migranten. Damit wendet sich die KAL in kämpferischer

Weise gegen die Menschenrechte und die demokratischen Grundrechte des Grundgesetzes. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene wurden angeworben und nationalsozialistisch indoktriniert. All diesem ist konsequent nur mit einem Verbot der KAL zu begegnen. Die vielen Straftaten, die durch Mitglieder der KAL verübt und aus der Gruppe heraus geplant wurden, zeigen, dass der Einsatz von V-Leuten erfolglos ist. Beispiele für das o.a. Verhalten: Sendung eines Briefes mit einer Milzbrandattrappe an die jüdische Gemeinde in Aachen, Ablegen einer Bombenattrappe vor dem autonomen Zentrum in Aachen, Drohungen und bewaffnete Angriffe auf das autonome Zentrum und auf Privatpersonen, bewaffneter Angriff auf eine friedliche Anti-Nazi-Demonstration, Aufrufe zur Denunziation und zur Jagd auf politische Gegner auf der Webseite mit unmittelbaren Folgen für

die Betroffenen, wiederholte neonazistische und antisemitische Schmierereien und Sachbeschädigungen, wiederholtes Feiern von Hitlers Geburtstag auf der Webseite und durch Aktionen in der Öffentlichkeit, tätlicher Angriff auf Nazigegner und Polizisten bei einer Flugblattverteileraktion in der Aachener Innenstadt, Bekenntnis zur Terrorgruppe NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) auf der KAL-Webseite, u.v.a. mehr."

Auf der Bürgermeisterkonferenz vom 19.12.2011 wurde angeregt, aufgrund der aktuellen und schrecklichen rechtsterroristischen Vorkommnisse diesen Appell mit seiner Forderung zu unterstützen und in Form dieser Resolution zum Ausdruck zu bringen.

**Robert Boltz**, Sachkundiger Bürger im Städteregionstag Aachen

### Kurz notiert

#### Öffentliche Auftragsvergabe neu geregelt

**NRW** Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Januar mit den Stimmen von SPD, Grünen und LINKE ein Tarifreue- und Vergabegesetz beschlossen, das am 1.5.2012 in Kraft treten wird. Das Gesetz regelt die Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen und bindet diese an die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien. U.a. muss ein Auftragnehmer ab einem bestimmten Schwellenwert seinen Beschäftigten einen Mindestlohn von 8,62€ zahlen. Das Gesetz gilt auch für Kommunen und öffentliche Unternehmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung.

#### Grünes Licht für Aachener Stadtbahn

**Aachen** Der zuständige Ausschuss des Aachener Stadtrates hat mit den Stimmen fast aller Fraktionen die Förderung des Baus einer Stadtbahn beantragt. Werden die Fördermittel genehmigt, kann bis zum Ende des Jahrzehnts die Stadtbahn in Aachen wieder verkehren. Eine erste Linie würde vom Klinikum bis nach Aachen-Brand fahren. DIE LINKE in der Städteregion unterstützt die Rückkehr des schienengebundenen Nahverkehrs und setzt auf eine starke Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung des Projekts.

Fortsetzung: Aachen könnte in der Straßenbahntechnik exzellent werden

In Aachen haben wir das Institut für Schienenfahrzeuge und Förder-technik: <http://www.ifs.rwth-aachen.de/>, wir haben Institute für Elektrotechnik, die Steuerungen entwickeln können, eine ASEAG, die immerhin das Wort "Straßenbahn" in ihrem Namen führt: "Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG", obwohl sie leider keine einzige solche mehr betreibt. Wir bauen langsam die Erneuerbare Energie mit Wind- und Solarkraftwerken aus, auf den die Straßenbahn fahren kann.

Aber wäre All dies schon innovativ? Ich träume von einer Straßenbahn, die in einem Wagon Elektrofahrräder aufnimmt und während der Fahrt deren Akkus lädt, die eng mit Bahnhöfen, Bike- und Carsharing

Fortsetzung: DIE LINKE in Herzogenrath beschreitet sozialen Weg im Umgang mit Flüchtlingen



Dabei stützte insbesondere die CDU sich vehement auf bestehende Gesetze, die eine solche Aufnahme der Flüchtlinge untersagen bzw. behindern. Dieses unsoziale Verhalten wurde von uns als Unwillen interpretiert, überhaupt Flüchtlinge aufnehmen zu wollen. Daraufhin fiel eine Lawine von wüsten Beschimpfungen und Unterstellungen auf unsere Fraktion ein. „In Phantasiewelten würden wir leben, sowie Recht und Gesetz nicht einhalten wollen.“ Die Abwehr von Gefahr für die Stadt Herzogenrath wurde als Argument gebraucht, um unsere Position zu schwächen. Das ging nun auch der SPD zu weit und sie stellte sich entschlossen hinter DIE LINKE in-



verzahnt ist, einen hohen Takt hat und einer Flatrate ohne lästiges Studieren unbegreifbarer Tarifstruktur-Lexika. Dann noch eine shuttlende Partytram, die in der Innenstadt Aachen fährt sowie ein historisch gestalteter Zug mit ech-

ten alten Holzbänken, die mein Rad und mich am Wochenende gemütlich ins Grüne fährt - das wäre exzellent und ein Renner!

**Peter Kämmerling**, Aachen

dem sie die Aussage, in den Flüchtlingen eine Gefahr für die Stadt zu sehen, kritisierte. Wie notwendig ein dauerhaftes Resettlement-Programm in Deutschland und Berlin ist, beweisen die aktuellen Kriege und Krisen in den Ländern Nord- und Zentralafrikas, in Syrien, Iran, Irak, Jemen und Afghanistan, aber auch die gestrandeten Flüchtlinge aus Transitländern (wie z.B. Jordanien, Türkei und Tunesien) Hinzu kommen Tausende, die aus Not und Verzweiflung auf eigene Faust in Richtung EU aufgebrochen und auf der Fahrt übers Mittelmeer ertrunken sind. Die Einsätze von Frontex im Mittelmeerraum verletzen in infamer Weise die Menschenrechte und eine vertretbare Flüchtlingspolitik. Einreise und Asyl werden unter Verstoß gegen internationales Recht verweigert. Es wird bewusst weggesehen, wenn

Flüchtlinge zu ertrinken drohen. Gerettete Flüchtlinge und auch manche, die es bis in die EU geschafft haben, werden ohne Asylprüfung zurück- und abgeschoben. Ganz zu schweigen davon, dass junge Mädchen sich prostituieren müssen um sich einen Platz auf einem Flüchtlingsboot oder in einem Bus leisten zu können.

Vor all diesen Menschenrechtsverletzungen dreht die CDU-Herzogenrath ganz „christlich“ den Kopf weg und erzählt etwas von Recht und Gesetz. Da kann einem schon übel werden. Am 13.12.2011 wurde der Bürgerantrag mit den Stimmen von SPD, Grüne und DIE LINKE im Rat verabschiedet und ist nun rechtskräftig.

**Hans-Günther Fischer**, Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herzogenrath

*Fortsetzung: Semesterticket für alle – keine Utopie!*  
Im April diesen Jahres werden die Fahrpreise im Bereich des Aachener Verkehrsverbunds wieder um durchschnittlich 3,3% angehoben. Zwar gibt es für diverse Bevölkerungsgruppen verbilligte Angebote (Schüler, Studenten, Rentner, Hartz-IV-Empfänger). Doch auch sie bleiben von Erhöhungen nicht verschont, und oftmals liegen die Preise über dem für eine öffentliche Daseinsvorsorge angemessenen Niveau. Anreize, dauerhaft auf Bus und Bahn umzusteigen, sind nur bedingt gegeben. Bereits jetzt tragen Fahrentgelte und Tarifersatzleistungen nur zu 44% aller Einnahmen im ÖPNV bei. Der größere Teil der Mittel für Betrieb und Investitionen entfällt auf verschiedene Töpfe, die in einem für Laien kaum zu durchschauenden System dem ÖPNV zufließen (Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung).

Ein entgeltfreier Nahverkehr ist keine Utopie, wie das Beispiel der belgischen Stadt Hasselt zeigt. Dort gibt es seit Mitte der neunziger Jahre einen für die Fahrgäste kostenlosen Busverkehr bei gleichzeitig stark ausgebautem Angebot an Linien und Fahrten. Die dadurch verursachten zusätzlichen Kosten für den

städtischen Haushalt sind überschaubar, und die Fahrgastzahlen sind rapide angestiegen. Es muss aber nicht gleich vollkommen entgeltfrei sein. In Frankreich beispielsweise werden Unternehmen ab einer bestimmten Mitarbeiterzahl über den „versement transport“ an der Finanzierung des ÖPNV beteiligt. Für den Fahrgast bedeutet dies geringere Tarife und gleichzeitig ein in den letzten Jahren bedeutend ausgebautes ÖPNV-System wie es beispielsweise die Renaissance der Straßenbahn im westlichen Nachbarland zeigt.

Für Deutschland ist die Möglichkeit einer sog. Nahverkehrsabgabe eine attraktive Alternative. Dabei zahlt jeder erwachsene Bürger einen einheitlichen monatlichen Festbetrag für den ÖPNV. Das Erstellen eines Fahrscheins bzw. der Abschluss eines Abos entfällt. Nutzer von Bus und Bahn können einfach einsteigen – Fahrscheinkontrollen und langes Warten am Automaten oder beim Busfahrer entfallen. Eine ähnliche Lösung gibt es bereits jetzt für Studenten der RWTH und FH, die halbjährlich ihr Semesterticket erhalten, unabhängig davon, ob oder wie stark sie es nutzen. Für den Bereich des AVV (Städteregion, Heinsberg, Düren) wäre eine solche Abgabe

für weniger als 20€ im Monat möglich. Für fast alle ÖPNV-Nutzer und mögliche Umsteiger vom motorisierten Individualverkehr wäre dies eine deutliche Verbesserung zum bisherigen Zustand. Voraussetzung ist allerdings, dass die bisherigen steuerfinanzierten Förderungen erhalten bzw. ausgebaut werden.

Der neu gegründete Arbeitskreis „Verkehr“ der Aachener Linken wird sich in den nächsten Monaten mit alternativen Verkehrs- und Finanzierungskonzepten beschäftigen. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit allen verkehrspolitisch Interessierten ein durchdachtes Programm zu erarbeiten, das den ÖPNV auf neue Grundlagen stellt: Preiswert, attraktiv, zuverlässig, umweltfreundlich und schnell! Die Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger ist uns dabei besonders wichtig. Ihre Ideen und Vorstellungen sind von entscheidender Bedeutung für eine wirkliche Verkehrswende.

Informationen zu den jeweiligen Treffen finden Sie auf der Website [www.dielinke-aachen.de/ag/verkehr](http://www.dielinke-aachen.de/ag/verkehr). Sie können uns auch anmailen unter [ag-verkehr@dielinke-aachen.de](mailto:ag-verkehr@dielinke-aachen.de)

**Harald Siepman**, für die AG Verkehr

## Man stelle sich einmal vor...

Man stelle sich einmal vor eine Leiharbeitsfirma in der Städteregion Aachen. Nennen wir sie einfach einmal Firma QUICK. Der Begriff QUICK ist abgeleitet aus dem Englischen und bedeutet schnell. Nehmen wir einmal an, die Firma QUICK trägt diesen Namen deshalb, weil Beschäftigte dort besonders schnell auf die Straße gesetzt werden. Auch dann, wenn sie über Jahre hinweg immer gute Arbeit geleistet haben. Man stelle sich vor, die Firma QUICK setze Beschäftigte beispielsweise deshalb auf die Straße, weil sie in einer Notsituation auf ihre berechtigten Urlaubsansprüche zurückgreifen möchten. Nun fragt man sich vielleicht, wie denn so eine Notsituation aussehen könnte. Nehmen wir also einmal an, da ist ein Beschäftigter mit Frau und Kind, der keine Verwandtschaft in der Umgebung hat und der Urlaub benötigt, da er sein Kind betreuen muss, z.B. deshalb, weil die Mutter gerade im Krankenhaus liegt und kurz vor der Niederkunft steht. Und nun nehme man an, die Firma QUICK verstehe das Urlaubsbegehren des Beschäftigten in der konkreten Situation als Beweis für dessen Unzuverlässigkeit und kündigt ihm. Ob sich derartige Geschichten, die man sich, wenn überhaupt, lediglich als stattgefunden in den Frühzeiten der Industrialisierung vorstellen mag, heute tatsächlich so zutragen mögen. Und dann auch noch in der Städteregion Aachen? Ob das wohl nicht einen beispiellosen Aufschrei der Empörung geben müsste, würde derartiges publik? Und ob eine Firma, wie die Firma QUICK, wohl überhaupt noch Kunden hätte, würde bekannt, dass dort so mit beschäftigten Menschen umgegangen wird? Man stelle sich das einmal vor! Eine Fortsetzung dieser, bislang fiktiven, Geschichte gibt es unter Umständen in unserer nächsten Ausgabe ...

**Hans Janosch**, gewerkschaftspolitischer Sprecher  
DIE LINKE in der Städteregion Aachen

## Ein Lehrstück der Demokratie

### Welche Rechte haben Bürgerinnen und Bürger eigentlich noch?

Gut, es geht hier um den Schutz von Bäumen. Aber dieses hat das Baumschutz-Bündnis versucht, mit allen demokratischen Mitteln zu retten. Jedoch war ein Kompromiss seitens der Stadt und vor allem der GRÜNEN zu kei-



ner Zeit gewollt! Am Freitagmorgen nach Fettdonnerstag wurden gegen 4.00 Uhr morgens endgültig Fakten geschaffen! Die Stadt Aachen rückte mit einer Vertretung der Verwaltung und vorsorglich unter dem Schutze der Polizei zu derart früher Stunde am Templergraben an, um möglichst unmerklich von Bürgerinnen und Bürgern „ihre Sache“ durchzuziehen. Autos, die ordnungsgemäß geparkt waren, wurden von Abschleppwagen versetzt. Fahrräder, welche mit Schlössern an Bäumen gekettet waren, wurden mit dem Bolzenschneider entfernt. Wie kann eine Stadt ein solches Verhalten rechtfertigen? Aus Angst, das Bündnis könnte die Fällarbeiten blockieren, wurden zuvor keine Halteverbotsschilder an der Straße aufgestellt und die Arbeiten in der Nacht vorgenommen. Das Baumschutz Bündnis war

dennoch vor Ort, hatte es doch geahnt, dass etwas dergleichen passieren würde, jedoch nicht zu so früher Stunde! Als das Bündnis sich schützend vor die letzte Platane stellte, wurde den friedlichen Baumschützern, die noch nie etwas mit solchen Aktionen zu tun hatten, mit Ingewahrsamnahme gedroht. Schon einmal hatte die Stadt einen Brückentag nutzen wollen, um die beiden Platanen an der Straße zu fällen, dies konnte jedoch durch eine Kundgebung gegen 6.00 Uhr morgens an dieser Stelle verhindert werden.

Das Baumschutz-Bündnis lässt sich jedoch hierdurch nicht entmutigen und wird in Zukunft sehr genau beobachten, was in der



Stadt Aachen durch neue Bebauungen und Verkehrsplanungen an Stadtgrün zerstört wird, und frühzeitig dagegen vorgehen! Hinweise können auf der Homepage [www.baumschutz-aachen.de](http://www.baumschutz-aachen.de) eingetragen werden oder [absbund@gmx.de](mailto:absbund@gmx.de) gemailt werden.

**Marika Jungblut**,  
für das Baumschutzbündnis Aachen

## Ist das Leben in Gleichheit und Gleichberechtigung nur Utopie? Das bedingungslose Grundeinkommen als Gegenentwurf zur Arbeitsgesellschaft

Das Konzept der Arbeitsgesellschaft, Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe an einen Arbeitsplatz zu knüpfen, hat sich durch das Wirtschaftswachstum selbst überholt. Die strukturelle Arbeitslosigkeit seit den 1970er Jahren ist Folge der gesteigerten Produktivität und der Intensivierung von Arbeitsprozessen. Die Rationalisierung machte viele Arbeitsplätze durch den Einsatz von Maschinen überflüssig, so dass das Arbeitsvolumen von 1882 bis heute auf die Hälfte geschrumpft ist. Dies schlägt sich auch in der Arbeitslosenstatistik nieder, deren Kurve an Erwerbslosen seit Mitte der 1960er Jahre stetig gestiegen ist.

Es gibt durch das Anwachsen des Niedriglohnssektors und den Anstieg an befristeten Arbeitsplätzen keine Einkommensgarantie.

Ein Leben in Würde, in existenzieller Sicherheit und sozialer Integration ist durch Arbeitsplatzverlust gefährdet. Ein anderes Konzept tut not, als sich auf einen Arbeitsplatz zu verlassen, der nur noch für einen kleineren Teil der Bevölkerung als Vollzeitstelle vorhanden und bedroht ist, wegrationalisiert zu werden.

Das bedingungslose Grundeinkommen stellt als Paradigmenwechsel das nötige Umdenken dar, neue und höherwertige Konzepte zu prüfen, wie Menschen unabhängig von Erwerbsarbeit ein Leben ohne Existenzangst führen können. Der große Anteil an gemeinnütziger Arbeit, der unentgeltlich geleistet wird, beweist, dass die soziale Fürsorge in privater Haus- und Elternarbeit nicht wegfallen, sondern vielmehr Freiraum für ein stärkeres Engagement durch ein Grundeinkommen entstehen würde. Schon heute stehen 56 Milliarden bezahlter Arbeitsstunden 96 Milliarden unbezahlter Arbeitsstunden gegenüber, wie Tätigkeiten in Kindererziehung, Jugendarbeit oder Senioren-Betreuung.

Diese „ehrenamtlichen“ Tätigkeiten haben in unserer Leistungsgesellschaft einen niedrigen Stellenwert, werden schlecht oder gar nicht bezahlt und verschaffen den Menschen selten ein Auskommen über dem Existenzminimum. Ein gesichertes Auskommen, wie beim bedingungslosen Grundeinkommen würde die Menschen befähigen, ihre Talente und Neigungen auszuleben, ohne deren Marktwert und Verkäuflichkeit in den Vordergrund stellen zu müssen.

Partizipation, d. h. gleiche Teilhabe und Teilnahme daran, was und wie produziert wird, wäre mit Grundeinkommen allen Menschen möglich, die so aus Abhängigkeit und Bedürftigkeit herauskämen. Die Humanisierung der Gesellschaft durch ein bedingungsloses Grundeinkommen in einer Höhe, die zum Leben ohne weitere Sozialleistungen ausreicht, ist meiner Meinung nach ein Bürgerrecht und sollte jedem Einwohner ohne Bedürftigkeitsprüfung zugesprochen werden.

Erst wenn Wohlstand und gesellschaftliche wie kulturelle Teilhabe nicht mehr an den Arbeitsplatz gebunden sind, kann das Versprechen von Gleichheit und Gleichberechtigung für alle Menschen eingelöst werden.

Anja Linz, für die AG BGE

### Wohin am 1. Mai? Aachener Markt

Du bist der Grund für ein Einkommen

Besuchen Sie unseren Infostand

Arbeitsgemeinschaft Grundeinkommen  
in und bei der Partei DIE LINKE in der Euregio

Kein Castor  
von Jülich nach Ahaus!



Montag, 09.04.2012  
Anti-Atomkraft-Ostermarsch in Jülich  
[www.westcastor.de](http://www.westcastor.de)

Mitglied  
werden.  
Hier und  
jetzt!  
DIE LINKE.

DIE LINKE.

Ich bitte um Zusendung von  
Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu  
Veranstaltungen und Versam-  
mlungen eingeladen werden

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen  
Augustastr. 69, 52070 Aachen

#### Adresse

##### DIE LINKE Städteregion Aachen

Augustastr. 69, 52070 Aachen  
E-Mail: [kontakt@dielinke-aachen.de](mailto:kontakt@dielinke-aachen.de)  
[www.dielinke-aachen.de](http://www.dielinke-aachen.de)  
Tel. 0241-9902531  
Fax 0241-9905228

##### Linkes Zentrum

Augustastr. 69, 52070 Aachen  
Tel. 0241-99063820  
Öffnungszeiten:  
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

#### Arbeitsgemeinschaften

##### AG Umwelt

Treffen jeden Freitag ab 18.00 Uhr  
[www.dielinke-aachen.de/ak/umwelt](http://www.dielinke-aachen.de/ak/umwelt)

##### AG Gesundheit und Soziales

Treffen jeden 2. Mittwoch im Monat ab 18.00 Uhr  
[www.dielinke-aachen.de/ak/soziales](http://www.dielinke-aachen.de/ak/soziales)

##### AG Betrieb und Gewerkschaft

Treffen jeden 4. Dienstag im Monat ab 18.00 Uhr  
[www.dielinke-aachen.de/ak/bug](http://www.dielinke-aachen.de/ak/bug)

##### AG Bedingungsloses Grundeinkommen

Treffen jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.00 Uhr  
[www.dielinke-aachen.de/ak/ak-bge](http://www.dielinke-aachen.de/ak/ak-bge)

Treffen der Arbeitskreise im Linken Zentrum

##### Linksjugend [solid]

##### Aachen

Linkes Zentrum  
Treffen jeden Dienstag ab 19.00 Uhr  
<http://linksjugendsolidaachen.blogspot.de/>

##### Eschweiler

"Dilo" | Aachener Str. 119 | 52249 Eschweiler  
Treffen jeden Samstag ab 18.00 Uhr  
[www.dielinke-eschweiler.de/ov/linksjugend](http://www.dielinke-eschweiler.de/ov/linksjugend)

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

**Adressen**

**Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag**

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 180,  
Tel.: 0241 / 5198 3305  
Zollernstraße 10 | 52070 Aachen  
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de  
www.dielinke-staedteregionstag.de

**Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen**

Habsburgerallee 11-13 | 52064 Aachen  
3.OG, Raum 369, Tel.: 0241 / 432 7244  
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de  
www.fraktion-dielinke-aachen.de

**Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herzogenrath**

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105, Tel.: 02406 / 83121  
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de  
www.fraktion.dielinke-herzogenrath.com  
Postadresse: Fraktion DIE LINKE  
Im Rat der Stadt Herzogenrath

Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath

**Bürgersprechstunde** jeden Montag  
18:00 bis 19:00 Uhr

**Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Stolberg**

Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg  
1.OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20  
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de  
www.dielinke-stolberg.de

Fraktionssitzungen (14tägig) montags ab 19:00 Uhr

**Bürgersprechstunde** jeden Donnerstag  
15:00 bis 17:30 Uhr

**DIE LINKE im Rat der Stadt Alsdorf**

**Hartmut Knippschild**  
Rathaus Hubertusstr. | 52477 Alsdorf  
eMail: Alsdorf.Linke@alsdorf.de  
www.dielinke-alsdorf.de | Tel.: 0160/5518854

**DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler**

**Albert Borchardt**  
Johannes-Rau-Platz 1 | 52249 Eschweiler  
eMail: albertborchardt@dielinke-eschweiler.de  
www.dielinke-eschweiler.de | Tel.: 0179/648 3205

**Bürgersprechstunde und Sozialsprechstunde**

jeden 3. Montag im Monat  
jeweils 15:30 - 18.30 Uhr | Rathaus, Raum 13

**DIE LINKE im Rat der Stadt Monschau**

**Erika Krebs**  
Bürgerforum 21 / DIE LINKE  
Laufenstrasse 84 | 52156 Monschau  
Raum 503 | Tel.: 02472 / 81266  
erika.krebs@dielinke-aachen.de  
www.dielinke-nordeifel.de

**Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB**

AugustasträÙe 69 | 52070 Aachen  
Telefon 0241/990 6825-0 | Telefax 0241/990 6825-1  
eMail: andrej.hunko@wk.bundestag.de | www.andrej-hunko.de

Sprechzeiten: Montags 11 bis 13 Uhr, und  
Donnerstags 17 bis 19 Uhr und nach Vereinbarung

**Sozialsprechstunde** Bundestagesbüro Andrej Hunko  
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr

Interessante Veranstaltungen zu diversen Themen bieten:

**Evangelische Stadtakademie Aachen**

Haus der Evangelischen Kirche  
Frère-Roger-StraÙe 8-10 (früher: Michaelstraße)  
52062 Aachen | Telefon: 0241/453-162  
http://www.stadtakademie-aachen.de

**Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen**

Bischöfliche Akademie / August-Pieper-Haus  
Leonhardstr. 18-20  
52064 Aachen | Telefon: 0241/47996-0

**Erwerbslosenberatung gibt es u.a. an folgenden Stellen:**

**Beratungsstelle Aachen - Berufsverband d. KAB Diözese Aachen e.V.**

Beratungsstelle, Ämterbegleitung | Nordrhein-Westfalen  
St.-Josefs-Platz 1 52068 Aachen  
Telefon: 0241 51 000 755 | Fax: 0241 51 000 848  
kab-beratungsstelle@web.de | http://kab-aachen-eifel.de/

**KAB Bezirksverband Aachen Stadt/Eifel Andris Gulbins**

Beratungsstelle, Erwerbslosen- oder Sozialhilfeinitiative,  
Ämterbegleitung | Nordrhein-Westfalen  
KAB Bezirksverband Aachen Stadt/Eifel / Andris Gulbins  
Martinstr. 6 | 52062 Aachen  
Telefon: 0241 4001860 | Fax: 0241 4001864  
hart4-gruppe-kab@gmx.de | http://kab-aachen-eifel.de

**7. April 2012  
Stolberg**



<http://blockieren.mobi/>



**31. März 2011**

<http://www.vielfaltstatteinfalt.org/>

**“¡Ay, Carmela!”**

Musikalisch-literarisch und visuelle Revue zum Spanischen Bürgerkrieg.

**14. April 2012, Talbahnhof Eschweiler, 19.00 Uhr**

Mit Duo Contraviento (Isabel Liphay/Martin Firtgau) und Claudia Lahn.

**Kartenbestellung unter rlcaachen@aol.com**

**Gemeinsam den Naziaufmarsch blockieren**

**Mitmachen – Mitgestalten – Mitentscheiden**

Welche Themen sind Ihnen wichtig? Sagen Sie uns Ihre Meinung. So können wir uns für Ihre Interessen in der Städteregion noch besser einsetzen!

**eMail:** wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

**postalisch**

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag  
Stichwort "Leserbrief"  
Haus der Städteregion  
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen



Besuchen Sie auch unsere

**Onlineumfrage**

auf [www.wir-online.org](http://www.wir-online.org)

Nach Ostern werden wir mit Infoständen in der Städteregion unterwegs sein. Nutzen Sie die Gelegenheit und sprechen Sie uns an. Achten Sie auf Ankündigungen in Ihrer Tageszeitung.

Wir freuen uns besonders auf weitere Vorschläge, Anregungen und Kritik von Ihnen!

Was sind die Themenbereiche, die Sie persönlichen bewegen?

.....

**WIR**



**Bestellschein:**

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Städteregionstag erhalten.

Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

**Impressum:**

**WIR in der Städteregion**

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

**e-mail:**

wir-redaktion@dielinke-aachen.de  
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

**Redaktion**

Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),  
Robert Boltz, Albert Borchardt,  
Hans Janosch, Marika Jungblut,  
Dirk Makowski, Andreas Müller

**Layout**

Andreas Becker, Albert Borchardt

**Fotos:**

www.pixelio.de, wikimedia commons,  
Archiv Linksfaktionen AC, Archiv KV  
Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE  
NRW

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Druck**

Brimberg, Aachen

**Auflage**

25.000

Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen. Ihr seid toll.

**Nächste Ausgabe:**

Redaktionsschluss Mai 2012  
Ausgabe: Juni/Juli 2012